

50-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket

Böhmer setzt auf kommunales Investitionsprogramm

Von Michael Bock



Magdeburg. Die Spitzen der CDU/SPD-Koalition in Berlin haben das bisher größte Konjunkturpaket in der bundesdeutschen Geschichte vereinbart. Das Programm gegen die Wirtschaftskrise soll in einem Zeitraum von zwei Jahren knapp 50 Milliarden Euro umfassen.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) sagte der Volksstimme, die Belegungswirkung des Konjunkturpakets werde auch von der Art der Umsetzung abhängen. Den größten Effekt für Sachsen-Anhalt erwarte er vom kommunalen Investitionsprogramm. Böhmer bemängelte, dass Vorschläge " zu einer größeren Beweglichkeit bei der Kofinanzierung von Bundesmitteln leider nicht berücksichtigt wurden ". Es sei daher " gegenwärtig nicht absehbar ", ob das Land nicht wieder Kredite aufnehmen müsse, um die Bundesgelder gegenzufinanzieren. Zuletzt hatte Böhmer mit

Blick auf das Konjunkturpaket immer wieder vor einer ungebremsten Verschuldung gewarnt. Gestern sagte der Regierungschef, er sehe die Verschuldungssituation des Bundes und der Länder " mit noch mehr Bedenken als vorher ".

Der Steuerzahlerbund forderte auf Landesebene ein Festhalten am Ziel des Schuldenabbaus. Der Rechnungshof wies darauf hin, " dass finanzpolitisch jetzt nicht alle Dämme brechen dürfen ".

Finanz-Staatssekretär Christian Sundermann (SPD) sagte: " Das Konjunkturpaket II ist besser als das erste geeignet, greifbare volkswirtschaftliche Effekte zu erzielen. " Er fügte hinzu: " Wichtig ist, dass gleichzeitig beschlossen wurde, eine Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen. " Sachsen-Anhalt würden etwa 400 Millionen Euro zugute kommen, mit denen " möglichst nachhaltige Effekte " zu erzielen seien. " Dabei stehen Kommunen, Bildungsaufgaben und Infrastruktur ganz oben auf der Liste. "

Linke-Fraktionschef Wulf Gallert forderte die CDU/SPD-Landesregierung auf, zur Landtagssitzung in der nächsten Woche " eigene Maßnahmen zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes und zur Erhöhung der Kaufkraft darzulegen ". Das Land müsse " jetzt politisch handeln ".

FDP-Fraktionschef Veit Wolpert bezeichnete die Annahme, mit den Maßnahmen könne die Konjunktur stabilisiert werden, als " realitätsfern ". Die Steuersenkungen seien " eher symbolischer Natur und bewegen sich auf dem Niveau einer Taschengelderhöhung ", sagte er. Notwendig seien noch stärkere Steuersenkungen sowie ein einfaches und gerechtes Steuersystem.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Magdeburg, Klaus Olbricht, nannte es " positiv, dass sich die Bundesregierung für unsere Unternehmen einsetzt ". Er kritisierte, dass die geplanten Steuererleichterungen nicht ausreichen würden: " Die mittleren Einkommen berührt das gar nicht. " Zugleich warnte auch Olbricht vor einer zu hohen Verschuldung. Der Präsident der Handwerkskammer Magdeburg, Werner Vesterling, sagte: " Ich begrüße das Konjunkturpaket sehr. " Das Handwerk könne von den Investitionen in Infrastruktur und Bildung profitieren.

Der Präsident der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, Klemens Gutmann, sagte, die wichtigsten Forderungen der Unternehmer würden jetzt umgesetzt: " Mehr Netto vom Brutto, Stärkung der öffentlichen Investitionen und Sicherung der Unternehmensfinanzierung. " Als " Webfehler " bezeichnete Gutmann den aus seiner Sicht weiterhin schwierigen Zugang größerer mittelständischer Unternehmen zu öffentlichen Bürgschaften.

Kassen: Freude und Skepsis

Die gesetzlichen Krankenkassen in Sachsen-Anhalt sehen die angekündigte Entlastung ihrer Mitglieder mit Wohlwollen. Zugleich äußern sie auch Skepsis, ergab eine Volksstimme-Umfrage.

Uwe Deh, Vorstand der AOK Sachsen-Anhalt: " Wir begrüßen es, dass die Politik den einheitlichen Beitragssatz von 15,5 auf 14,9 Prozent senken will. Die Bürgerinnen und Bürger werden somit etwas entlastet. Für die AOK-Versicherten wird der Beitragssatz damit um insgesamt 0,8 Prozent sinken. " Deh rechnet darin die zum Jahresbeginn wirksam gewordene Beitragssenkung um 0,2 Prozent für AOK-Mitglieder ein.

Auch Jens Hennicke, Chef der Techniker Krankenkasse in Magdeburg, begrüßt das Vorhaben, schränkt aber ein: " Im Prinzip handelt es sich nur um eine vorgezogene Maßnahme, wenn mehr Steuergelder in den Gesundheitsfonds fließen sollen. " Für den Fonds war ohnehin geplant, den Anteil von Steuermitteln ab 2010 jährlich um 1,5 Milliarden Euro aufzustocken. Hennicke hätte lieber gesehen, wenn die Kosten für Krankengeld und Zahnarzt wieder paritätisch finanziert würden. Seit 1. Juli 2005 werden sie mit 0,9 Prozent nur noch von Arbeitnehmern gezahlt.

Der Sprecher des BKK-Landesverbandes Ost, Matthias Tietz, zeigte sich ebenso wie Volker Schmeichel vom Landesverband der Ersatzkassen (vdek) erfreut, dass die Versicherten entlastet werden. Die Mittel sollten aber auch wirklich bereitstehen, wenn sie benötigt würden – ansonsten müssten Zusatzbeiträge erhoben werden, ergänzte Tietz.